

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Alexander König, Johannes Hintersberger, Erwin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Bernhard Seidenath, Dr. Bernd Weiß** und **Fraktion (CSU)**,

Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein, Dr. Annette Bulfon, Jörg Rohde und **Fraktion (FDP)**

Bayern ist und bleibt das attraktivste Bundeswehrland

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt grundsätzlich die Reform der Bundeswehr hin zu einer schlanken, leistungsstarken und schnell einsatzfähigen Truppe. Neue Bedrohungslagen und unterschiedliche Auslandseinsätze vom westlichen Balkan über Afrika bis nach Afghanistan erfordern bereits heute gut ausgebildete, einsatzfähige Soldatinnen und Soldaten, Expertenwissen und eine bestmögliche Ausrüstung. Aufgrund dieser neuen Herausforderungen muss die Bundeswehr weiterentwickelt werden. Die zentrale Aufgabe der Bundeswehr ist es, Deutschlands Bevölkerung bestmöglich zu schützen. Dieser Aufgabe kann die Bundesrepublik mit einer Freiwilligenarmee am besten gerecht werden. So kann die Bundeswehr optimal auf die veränderte Bedrohungslage reagieren.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Bundeswehr wie gefordert auch nach der Umsetzung der Reform flächendeckend in ganz Bayern und gerade auch im strukturschwachen ländlichen Raum präsent bleibt. Bayern ist und bleibt Bundeswehrland. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern und der Bundeswehr soll intensiv fortgesetzt werden. So soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der genaue Zeitrahmen der Umsetzung der Reform möglichst zeitnah bekanntgegeben wird.
3. Die Staatsregierung wird, wie bereits in der Drs. 16/6975 vom 18. Januar 2011 erfolgt, aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die strukturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen von unabwendbaren Standortschließungen bzw. Truppenreduzierungen angemessen kompensiert und für die betroffenen Kommunen ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt wird.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für den Fortbestand einer wettbewerbsfähigen wehrtechnischen Industrie in Bayern einzusetzen. Diese Unternehmen spielen für die Bundeswehr und ihre Bündnispartner im Einsatz eine wichtige Rolle. Bayern profitiert von einer modernen, wettbewerbs- und leistungsfähigen sowie eigenständigen wehrtechnischen Industrie und ist somit Hort innovativen Knowhows in strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien. Es ist bei der Bundesregierung auf zukunftsfähige Lösungen zu drängen.
5. Bereits heute leistet die Bundeswehr bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen den zivilen Helfern Unterstützung, wenn diese an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen. Durch die Reduzierung von Dienstposten und der Truppenstärke werden die Reservisten nach der Wehrreform immer wichtiger. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass in Bayern ein Heimatschutzregiment mit vier Bataillonen zu je mindestens 1.000 Reservisten mit Standorten in Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Schwaben und Franken eingerichtet wird. Dieses Regiment soll die bayerischen Katastrophenschutzkräfte bei Unglücksfällen und Katastrophen ergänzend unterstützen und so die erfolgreiche Zusammenarbeit auch nach der Strukturreform weiter fortsetzen.
6. Der Landtag unterstützt die auf ihrer Jahreskonferenz vom 26. bis 28. Oktober 2011 beschlossene Forderung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder an die Bundesregierung, zur Erleichterung des Strukturwandels eine verbilligte Abgabe der zu Verteidigungszwecken nicht mehr benötigten Liegenschaften zu ermöglichen und die Sanierung etwaiger Altlasten zu übernehmen.